

## **Die gemeinsame Zusammenarbeit systematisieren, für eine Bevorratung sensibilisieren und Kommunikationsmöglichkeiten absichern**

### **Schlaglichter aus der Podiumsdiskussion „Wege zu einem Mindestversorgungskonzept“**

Teilnehmer: Dr. Heinrich Hoppe-Oehl (Westnetz GmbH), Martin Müller-Saidowski (Berufsfeuerwehr Köln), Dirk Durst (Rhein-Erft-Kreis), Constantin Blanck (RWW GmbH), Peter Lauwe (BBK)

Moderation: Dr. Ina Wienand (BBK) & Dr. Simone Sandholz (UNU-EHS)

Protokoll: Sven Wurbs – inter 3

In einer Podiumsdiskussion diskutierten auf der Abschlussveranstaltung des KIRMin-Projekts KRITIS-Betreiber, Vertreter der Gefahrenabwehr und Behördenmitarbeiter über Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze für die Umsetzung von Mindestversorgungskonzepten. Wie in der Projektarbeit standen dabei die Schnittstellen zwischen einzelnen Infrastrukturen im Vordergrund.

### **Sektorübergreifende Sichtweisen und Kooperationen**

Die Betrachtung der Abläufe über einzelne Sektoren hinaus bietet nach Ansicht der Podiumsteilnehmer die Möglichkeit, gegenseitige Abhängigkeiten herauszuarbeiten, die Abläufe und Denkweisen von KRITIS-Betreibern und Krisenmanagementakteuren zu verstehen und darauf aufbauend ein gemeinsames Problemverständnis zu entwickeln. Dieses wiederum ermöglicht u.a. eine gemeinsame präventive Planung und erleichtert in einer Krisensituation deren Koordination. Denn gegenseitiges Vertrauen existiert dann z.B. bereits und es ist klar, bei wem Informationen zur besseren Einschätzung der Lage zu erhalten sind. Gemeinsame Übungen, Schulungen und präventive Gefahrenbeurteilungen sind nach Meinung der Diskutanten weitere unterstützende Elemente für eine verbesserte, gut koordinierte Krisenbewältigung und einen möglichst frühzeitigen Informationsaustausch.

### **Klare Verantwortlichkeiten und eine systematisierte Zusammenarbeit**

Zentral ist nach Meinung der Experten, dass die beteiligten Akteure bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und es eine klare Zuordnung dessen gibt, wer für was verantwortlich ist. Hier wünschen sich die Podiumsteilnehmer eine Intensivierung und vor allem eine Systematisierung der Zusammenarbeit. Sie empfehlen zur besseren Abwehr von Gefahren z.B. die Festlegung von Planungsgrößen, konkreten Schutzziele und den Aufbau einer gemeinsamen Kommunikationsplattform zum Austausch zwischen KRITIS-Betreibern und BOS-Akteuren. Als hilfreich erachtet wird ebenso der Einsatz von Daten bzw. Karten aus Geoinformationssystemen (GIS), die sowohl die Vorplanung, als auch die Arbeit während eines Stromausfalls, Überflutungsereignisses o.ä. erleichtern können. Die im KIRMin-Projekt erarbeitete DIN-

SPEC ist nach Ansicht der Diskutanten gleichfalls ein hilfreiches Instrument zur Systematisierung der gemeinsamen Zusammenarbeit.

### **Ansatzpunkte einer Mindestversorgung**

Bei den Aspekten, die im Zusammenhang mit einer Mindestversorgung diskutiert wurden, kamen zwei bereits genannte Punkte erneut zum Tragen. Einerseits hielten die Podiumsteilnehmer fest, dass die Versorgung der Betroffenen im Rahmen eines Stromausfalls bzw. bei einer Unterbrechung der Wasser- und Wärmeversorgung eine Aufgabe für viele Akteure darstellt, d.h. sowohl für die KRITIS-Betreiber und die Gefahrenabwehr, als auch für die Bevölkerung selbst, die Vorräte vorhalten sollte. Ebenso sprachen sie sich erneut für eine stärkere Systematisierung der Organisations- und Kooperationsprozesse aus. So sollten z.B. in Kommunen Zielsetzungen klarer formuliert werden. Wer ist zu versorgen? Wo liegen besondere Prioritäten? In welchem Umfang muss versorgt werden? Einigkeit herrschte darin, dass in einer Not-situation nur eine Minder-, d.h. eine Minimalversorgung oder maximal eine Teilver-sorgung zu realisieren ist, denn eine Normalversorgung über Notfallsysteme ist in der Fläche wegen der begrenzten Notfallkapazitäten nicht zu bewerkstelligen. Die Strom- und Wasserversorger wiesen darauf hin, dass für sie bei einem Störfall Netzlösungen Priorität haben. Sie konzentrieren sich auf eine möglichst schnelle Wiederaufnahme der Versorgung über das Leitungsnetz, anstatt ein umfangreiches Notversorgungssystem aufzubauen. Zukünftig könnte die Errichtung von Inselnetzen eine Alternative darstellen. Deren Etablierung wird allerdings noch Jahre dauern. Kritisiert wurden darüber hinaus zu geringe Notversorgungskapazitäten im Gesundheitsbereich. Krankenhäuser haben zwar eine Notstromversorgung, allerdings gewährleistet diese i.d.R. keinen Normalbetrieb. In Pflegeeinrichtungen und Praxen, deren PatientInnen teils auf technische Geräte angewiesen sind, fehlen Notstromaggregate meist völlig.

### **Steigende Stromabhängigkeiten**

Mit einem stärker nach vorn gerichteten Blick thematisierten die Podiumsteilnehmer, dass mit der Digitalisierung und Automatisierung sowie zukünftig dem Einsatz künstlicher Intelligenz immer mehr Stromabhängigkeiten entstehen. Zahlreiche alltägliche Dinge wie z.B. Telefone, Türen, Tore oder Sanitärarmaturen, aber auch Lagersysteme bedürfen bereits jetzt und in zunehmendem Maße einer Stromversorgung. Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit und einer Notfallversorgung bedarf es daher verstärkt einfacher Ersatz- bzw. Rückfallsysteme für den Krisenfall. Handlungsbedarf sehen die Experten auch in den Verwaltungen, weil deren IT-, Kommunikations- und Versorgungssysteme i.d.R. nicht notstromgepuffert und daher im Krisenfall nicht oder nur bedingt einsatzbereit sind.

### **Information und Bewusstseinsbildung**

Ein zentraler Aspekt der Diskussion war die Frage, wie die zahlreichen, in Studien erarbeiteten oder in Broschüren, Filmen und Handreichungen aufbereiteten Informationen zum Verhalten im Krisenfall in der Bevölkerung, der Politik und zum Teil auch unter den Akteuren der Gefahrenabwehr bzw. den KRITIS-Betreibern selbst effizien-

ter verbreitet werden können. Eine gute Krisenkommunikation kann nach Meinung der Experten z.B. in Kooperation mit MedienvertreterInnen vorbereitet werden. Medienpartnern könnten darüber hinaus an Thementagen oder in Schwerpunktsendungen entsprechende Inhalte vermitteln. Als wichtig erachtet wurde ein verantwortungsvolles Umgehen mit Fachinformationen seitens der Politik, d.h. PolitikerInnen sollten Fachempfehlungen und Expertenmeinungen in ihren öffentlichen Statements berücksichtigen und diese vor allem nicht zerreden. Weil der klassischen, medialen Informationsvermittlung Grenzen gesetzt sind, wurde angeregt, zur besseren Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für Vorsorgenotwendigkeiten und angemessenes Handeln im Krisenfall diese Inhalte bereits frühzeitig in die Bildung zu integrieren, d.h. gezielter Angebote für Kindergärten und Schulen zu entwickeln.

### **Gesetzliche Regelungen?**

Zur Frage, ob es einer umfangreicheren gesetzlichen Regelung bedarf, wurde angemerkt, dass die Ausarbeitung eines eigenen KRITIS-Gesetzes eine sehr komplexe Angelegenheit wäre, die Jahre bis zu Verabschiedung in Anspruch nehmen würde. Mehrfach betonten die Podiumsteilnehmer, dass in den zurückliegenden Jahren unter den KRITIS-Betreibern, in der Gefahrenabwehr und bei den verantwortlichen Behörden die Sensibilität für Ausfallrisiken sowie die Bereitschaft, sich aktiv mit entsprechenden Themen zu beschäftigen und dazu zu kooperieren, stark zugenommen hat. Vor diesem Hintergrund reichen nach Meinung der Experten gegenwärtig kleinere gesetzliche Anpassungen aus, die z.B. die Finanzierung und Umlage von Vorsorgemaßnahmen betreffen oder die Möglichkeit, Notfallkapazitäten auch im alltäglichen Betrieb nutzen zu dürfen. Denn aufbauend auf den vielen erarbeiteten Informationsangeboten und der ausgeprägten Bereitschaft zur Kommunikation und Kooperation unter den Akteuren im KRITIS-Bereich ist in den letzten Jahren viel für eine effizientere Gefahrenabwehr und Mindestversorgung erreicht worden. Darauf lässt sich auch in Zukunft erfolgreich aufbauen, so die einhellige Meinung der Experten.